Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badnerland. 1951-1952
1951

7 (25.8.1951)

Visual Library

1957 L 1003

BADNERLAND

HEIMATZEITUNG FÜR DAS LAND BADEN

Nr. 7 · KARLSRUHE, 25. August 1951 · Einzelpreis 10 Pf.

Wann kommt das Bundesverfassungsgericht?

Wohlebs Erfolg in Bonn — Der Schachzug der Südweststaatler durchkreuzt
Warum das Bundesverfassungsgericht bisher noch nicht gebildet wurde

Mit dem Erfolg des Schrittes der badischen Regierung, die bekanntlich in einer Note vom 9. August die Bundesregierung gebeten hatte, beschleunigt das Bundesverfassungsgericht zu bilden und eine einstweilige Entscheidung über die badische Klage wegen Verfassungswidrigkeit der Neugliederungsgesetze herbeizuführen, kann Staatspräsident Wohleb zufrieden sein. Das Bundeskabinett hat sich am Dienstag in längerer Aussprache mit der Note der badischen Regierung beschäftigt, in der sich das Land Baden gegen eine Vergewaltigung durch die Abstimmungsmethode wehrt und, wie es in einer Veröffentlichung aus Bonn heißt, ausführlich in einer „staatsrechtlich hochstehenden Diskussion" die Probleme erörtert, die mit der Volksabstimmung zusammenhängen. Das Bundeskabinett sprach sich für eine friedliche Lösung und vor allem für eine möglichst rasche Errichtung des Bundesverfassungsgerichts aus, damit diese höchste Stelle der Rechtsprechung in der Bundesrepublik dem Ersuchen der badischen Regierung, noch vor der Abstimmung eine Entscheidung über die Klage der badischen Regierung herbeizuführen, entsprechen kann.

Das Echo in Stuttgart auf diesen Kabinettsbeschluß bestätigt den Erfolg des badischen Staatspräsidenten in Bonn. Protesttelegramme aus Stuttgart und Tübingen gingen an die Bundesregierung ab, denn die Empörung in den Kreisen der Südweststaatler war groß, daß man Staatspräsident Wohleb in Bonn Gelegenheit gab, seinen Standpunkt eingehend mit den maßgebenden zuständigen Stellen der Bundesregierung und mit Bundeskanzler Dr. Adenauer zu besprechen. Der Schachzug der Südweststaatler ist durchkreuzt, und wenn Demokratie überhaupt noch einen Sinn haben soll, dann darf man wohl erwarten, daß das Bundesverfassungsgericht nunmehr eine Entscheidung fällt, bevor das Volk zur Abstimmung geht.

Was haben die Gazetten in Stuttgart und die südweststaathörigen Zeitungen in Mannheim und Heidelberg vor der Sitzung des Bundeskabinetts nicht alles in die Welt hinausposaunt, um die öffentliche Meinung zu verfälschen. „Wenig Chancen für Wohlebs Note" las man vor der Bundeskabinettssitzung in der „Stuttgarter Zeitung" und das Blatt des Südweststaatlers Dr. Knorr, die „Rhein-Neckar-Zeitung", schrieb am Montag hellseherisch, „daß Staatspräsident Wohleb in Bonn auf taube Ohren gestoßen ist".

Als dann am Dienstagabend das Ergebnis der Kabinettsberatung und der Bericht über die Unterredung von Staatspräsident Wohleb mit Bundeskanzler Dr. Adenauer vorlag, da hatte es den Propagandisten des Südweststaates zunächst einmal die Sprache verschlagen und kleinlaut berichtete beispielsweise die „Stuttgarter Zeitung" auf der zweiten Seite der Ausgabe vom Mittwoch, den 22. August, daß die Bundesregierung für eine „friedliche Lösung" sei, und daß nach Nachrichten aus informierten Kreisen der Bundesregierung das Bundesverfassungsgericht, wenn es noch vor dem 16. September zusammentritt, durch eine einstweilige Verfügung den Termin der Abstimmung verschieben werde. Genau das will die badische Regierung, um das Selbstbestimmungsrecht des Volkes nicht zu verfälschen.

Warum ist das Bundesverfassungsgericht bis heute noch nicht zustande gekommen, trotzdem in Karlsruhe in Tag- und Nachtarbeit die Räume für das Bundesverfassungsgericht mit außergewöhnlich hohen Kosten hergestellt wurden und die Eröffnungsfeier bereits auf Ende Juli festgelegt und die Einladungen schon gedruckt waren. Der Heidelberger Bundestagsabgeordnete Professor Dr. Wahl hat am Montag, 20. August, in Anwesenheit einer Reihe von Zeugen die Katze aus dem Sack gelassen, indem er erklärte, daß die Errichtung dieses Gerichtshofes bisher verhindert hat, kann unmöglich zu Lasten der badischen Regierung gehen, sondern ist von den obstruierenden Parteien zu verantworten. Die badische Regierung hat oft genug in Bonn immer wieder die maßgebenden Stellen darauf hingewiesen, daß eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts

Bonn am 21. August



Wer zuletzt lacht . . . !!

Errichtung des Bundesverfassungsgerichtes noch nicht erfolgt sei, um eine Entscheidung über die Klage der badischen Landesregierung vor der Volksabstimmung zu verhindern.

Das ist eine klare und eindeutige Begründung, die aber kein Volk sich gefallen lassen kann, das Anspruch auf Sauberkeit in der Demokratie macht. Der parteipolitische Handel um den Präsidentenposten des Bundesverfassungsgerichts, der offensichtlich die Errichtung dieses Gerichtshofes bisher verhindert hat, kann unmöglich zu Lasten der badischen Regierung gehen, sondern ist von den obstruierenden Parteien zu verantworten. Die badische Regierung hat oft genug in Bonn immer wieder die maßgebenden Stellen darauf hingewiesen, daß eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Klage der badischen Regierung beschleunigt herbeigeführt werden müsse, wenn das Volk überhaupt noch Achtung vor dem Staat und der Demokratie haben soll. Die Patentdemokraten in Stuttgart waren anderer Meinung, und so ist nun die Bundesrepublik nicht durch die Schuld Badens in eine sehr schwierige Situation gebracht worden, von deren Lösung das Ansehen der Demokratie in Deutschland nicht unwesentlich abhängt.

Die badische Regierung wird in ihrem Standpunkt, daß Baden nur abstimmt, wenn das Bundesverfassungsgericht gesprochen hat, festbleiben. Staatspräsident Wohleb hat in Anwesenheit der zuständigen Bundesminister sich eingehend über den Standpunkt Badens geäußert. Entgegen den von den Gutachtern der badischen Landesregierung vorgetragenen Auffassung vertritt der Bundesrat den Standpunkt, daß ein Verfassungsnotstand noch nicht gegeben sei, weil es noch möglich wäre, das Bundesverfassungsgericht zu wählen und eine Entscheidung wenigstens darüber herbeizuführen, ob durch eine einstweilige Anordnung des Gerichts der Abstimmungstermin zu verschieben sei.

Man wundert sich nur, daß die zuständigen Stellen in Bonn sich soviel Zeit gelassen haben den Forderungen des Grundgesetzes zu entsprechen und das Bundesverfassungsgericht zu errichten. Man fuhr in die Ferien und fragte wenig danach, ob dadurch eine Situation heraufbeschworen wird, die für den demokratischen Rechtsstaat untragbar ist. Wenn man aber die Äußerung des Heidelberger Volksvertreters hört, dann ist alles klar, warum die Südweststaatanhänger mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln — und zweifellos haben sie in Bonn maßgeblichste Helfershelfer — das Zustandekommen des Bundesverfassungsgerichts bisher verhindert haben.

Staatspräsident Wohleb ist — das haben auch gerade in diesen Tagen Südweststaatfreundliche Zeitungen geschrieben — mit seinem Entgegenkommen gegenüber den Bonner Stellen im Hinblick auf die Schwierigkeiten der Bundesrepublik bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Entweder hat man nun wirklich den festen Willen, das Bundesverfassungsgericht zusammentreten zu lassen, um eine Entscheidung über den Antrag auf eine einstweilige Aussetzung des Vollzugs des Abstimmungsgesetzes zu erhalten, oder die badische Landesregierung wird erklären, daß ein nicht mehr zu beseitigender Verfassungsnotstand vorliegt. Sie muß dann logischer Weise dabeibleiben, daß das Land Baden seine Mitwirkung an der Abstimmung Pflicht und Grundgesetzgemäß verweigert. Die Folge davon wäre die Ungültigkeit der Abstimmung, falls sie trotzdem in den beiden anderen südwestdeutschen Ländern vorgenommen würde.

Das ist der offizielle Standpunkt der badischen Regierung und damit ist auch klipp und klar die üble Tendenz-Meldung der „Stuttgarter Zeitung" aus Bonn widerlegt, in der aus Zweckgründen behauptet wird, daß Staatspräsident Wohleb die Volksabstimmung auch dann durchführen werde, wenn wider Erwarten das Bundesverfassungsgericht bis Mitte September nicht aktionsfähig sei.

Das gesamtbadische Volk kann mit Ruhe der Entscheidung der Bundesregierung entgegensehen, denn auf seiner Seite steht das Recht, und noch immer hat man im Lande Baden verstanden sich gegen eine Vergewaltigung, in diesem Falle bei der Selbstbestimmung über die badische Heimat, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu wehren.

Für endgültige Entscheidung

Eine Entschließung des Landesverbandes der Arbeitsgemeinschaft der Badener

Der Gesamtvorstand des Landesverbandes der Arbeitsgemeinschaften der Badener e. V., der nach den Zahlen der letzten Volksabstimmung bereits in Nordbaden den politischen Willen von 246 623 Abstimmenden vertritt, ist am 17. 8. 1951 in Ettlingen zusammengetreten, um die durch den Verfassungsnotstand eingetretene politische Lage zu prüfen. Er faßte einmütig folgende Entschließung:

„Wie stets fordern wir auch heute eine rasche und endgültige Entscheidung über die Neugliederung der Länder Baden und Württemberg. Wir müssen aber unsere Zustimmung zu einer kurzfristigen Verschiebung der Volksabstimmung geben, damit das sofort zu bildende Bundesverfassungsgericht über den badischen Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Neugliederungsgesetzes entscheiden kann.

Wir begrüßen deshalb den Schritt der badischen Regierung als rechtlich gebotene und politisch notwendige Maßnahme und fordern das Kabinett in Freiburg auf, fest zu bleiben. Wir erwarten, daß die Bundesinstanzen alle Maßnahmen ergreifen und dem Gedanken des Rechtsstaates gegen alle parteipolitischen und sonstigen Zweckmäßigkeitserwägungen zum Durchbruch verhelfen. Das Rechtsempfinden des gesamtbadischen Volkes fordert, daß das Bundesverfassungsgericht rechtzeitig vor der Abstimmung Recht spricht. Sollte gegen Recht und Verfassung den Nordbadenern eine dem Spruch des Bundesverfassungsgerichts vorgreifende Abstimmung dennoch aufgezwungen werden, so werden wir in Notwehr den Abstimmungskampf mit aller Energie und Entschlossenheit zu führen wissen. Das badische Volk wird dann diesen Vergewaltigungsversuch mit einem überzeugenden Bekenntnis zur badischen Heimat beantworten."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Quo vadis CDU?

Der Kampf um Baden ist eine überparteiliche Angelegenheit und daher wird das „Badnerland" von Zeit zu Zeit Stellungnahmen aus Parteikreisen veröffentlichen, die sich mit der Wiederherstellung des Landes Baden befassen. Wir veröffentlichen heute einen Artikel, der uns von CDU-Seite zugegangen ist.

Der Landesausschuß der südbadischen CDU hat in seiner Sitzung vom 11. 8. 51 beschlossen, die bisher geübte Neutralität aufzugeben und sich für die Wiederherstellung Badens einzusetzen. Der Beschluß kam zwar spät, aber er kam. Die langen, gegenteiligen Bemühungen von Schneider-Konstanz sind damit gescheitert. Der Beschluß mußte kommen, wenn sich die Partei erhalten wollte. Im einzelnen waren folgende Erwägungen für die Stellungnahme maßgebend:

1. Die Freudenstadter Beschlüsse sind schmählich verraten worden. Solange noch eine Aussicht bestand, den Südweststaat auch bei der Durchzählung der Stimmen nach den alten Ländern zu erreichen, stimmten diesen Freudenstadter Beschlüssen auch Politiker, wie Gebhard Müller-Tübingen, Schneider-Konstanz, Simpfendörfer-Stuttgart, Wiedemaier-Ulm zu. Erst als der 24. 9. 50 bewiesen hatte, daß der Südweststaat bei Durchzählung der Stimmen gefährdet war, wollten die oben genannten Politiker nichts mehr von den Freudenstadter Beschlüssen wissen.

2. Wenn der 24. September 1950 etwas bewiesen hatte, dann war es die Erkenntnis, daß das CDU-Wählervolk überwiegend in Nord- und Südbaden heimattreu war.

Da beide Erwägungen für Nord- und Südbaden mehr oder weniger in gleicher Weise gelten, konnte man auf das CDU-Echo aus Nordbaden gespannt sein, zumal die nordbadische und südbadische CDU im letzten Jahr große Neigung zeigten, gemeinsame Wege zu gehen. Dieses Echo liegt nun vor. Der Landesvorstand der nordbadischen CDU hat durch die Tagespresse verlauten lassen, daß er weiterhin an der Neutralität festhalte und daß sich auch die Landesvorstandssitzung am 8. 9. in Pforzheim nicht mit der badischen Frage befassen werde. Zweifellos ist man sich im Landesvorstand der nordbadischen CDU darüber klar, daß das CDU-Wählervolk diese Haltung weitgehend nicht verstehen und auch nicht billigen wird. Man hofft daher, durch den Bundesparteitag der CDU, der nicht zuletzt aus diesen Gründen am 19. bis 21 Oktober nach Karlsruhe verlegt worden ist, den schweren Riß zu überbrücken. Es bleibt abzuwarten, ob dies gelingt. Inzwischen nimmt die Mißstimmung im CDU-Wählervolk in Nordbaden zu und bekommt auch festere Formen. Verwunderlich ist das nicht. Es frägt der Wähler nicht mit Unrecht, ob es für eine Partei, die im Jahre 1945 unter dem Zeichen des Föderalismus angetreten ist, in einer solchen Frage überhaupt eine echte Neutralität geben kann, zumal sie keiner hält und, wenn er Charakter hat, auch nicht halten kann. Ein Parteivorstand, der in dieser so entscheidenden Frage jeder Entscheidung ängstlich aus dem Weg geht, um sich nicht festlegen zu brauchen, muß in dem Wähler zwangsläufig eine solche allgemeine politische Unsicherheit erwecken, daß dieser entweder nach einer anderen Partei Ausschau hält oder solange mit seinem politischen Votum zurückhält, bis er klarer sehen kann.

Instinktiv fühlt der CDU-Wähler, daß sich seine Partei in einer grundsätzlichen Frage im Schlepptau derjenigen befindet, von denen er in seinen Parteiversammlungen gehört hat, daß sie die größten Gegner der CDU seien. Wenn der frühere Finanzminister Dr. E. Kaufmann in einer Stuttgarter Zeitung zur badischen Note an die Bundesregierung schreibt: „Nun aber Schluß", so frägt derselbe Wähler, mit wem und mit was Schluß? Etwa „Schluß mit Wohleb", sicher einem der charaktervollsten christlichen Staatsmänner Süddeutschlands? Und zu wessen Gunsten, etwa für Reinhold Maier?

Wenn man damit die verbürgten Meldungen vergleicht, die aus der Südweststaatkonferenz in Villingen bekannt geworden sind, dann stimmen diese jeden, dem die christliche Politik in Süddeutschland Herzenssache ist, sorgenvoll. Hat man dort doch nichts weniger beschlossen, als Wohleb zu stürzen! Die neue, dort vorgelegte, längst bekannte Kabinettsliste ist bezeichnend. Haben dabei CDU-Politiker mitgeredet?

Wie weit liegen doch die Zeiten, wo es in Baden einen Wacker und Schofer gegeben hat, zurück! Damals konnten sich die christlichen Politiker noch in die Augen sehen. Können sie es heute auch noch?

Den Föderalisten zum Gruß!

Am Wochenende ist die badische Landeshauptstadt Karlsruhe der Tagungsort des ersten bedeutenden Nachkriegskongresses der deutschen Föderalisten.

Mit viel Druckerschwärze, gewandter Dialektik und auch Entstellungen hat es eine bestimmte Geschichtsschreibung verstanden, den Sinn und das Ziel des deutschen Föderalismus völlig zu verfälschen. Der Föderalismus will die Übertragung der politischen Ideen des deutschen Idealismus auf die politische Ebene. Ohne Philosophie keine Politik! Aus dieser großartigen Konzeption machten dann die deutschen Gazetten und Schreiberlinge „Kleinstaaterei und Partikularismus", als ob das Letztere ein Programm sei, um das es wert wäre zu kämpfen. Es sind dieselben, die uns weismachen wollen, daß die Demokratie im „Nur-Parlamentarismus" gipfle und es mit dieser „Formaldemokratie" allein gemacht werden könne.

„Der Föderalismus ist ein versöhnendes Prinzip", sagt Constantin Franz in seinem letzten Hauptwerk „Die Weltpolitik". Er will die Erhaltung der deutschen Einzelstaaten, die Selbstverwaltung der Kreise und Gemeinden nicht als Schwächung, sondern als Stärkung unseres Vaterlandes, weil dezentralisierte Selbstverwaltung und Stärkung der Einzelstaaten im Innern mit zentralisierender Zusammenfassung aller Kräfte nach außen vereinigt werden muß. Wer wissen will, wie der Zentralismus auf die Jahrhunderte wirkt, schaue nach Frankreich! Dort hat die französische Revolution den Zentralismus gebracht. Ist Frankreich wirklich dadurch innerlich stärker geworden? Wir bestreiten dies! Alles und alles ist auf Paris ausgerichtet. Welcher Unterschied in Kultur, Zivilisation, Wirtschaft in Paris und der Provinz!

Das echt germanische Prinzip war immer das föderalistische! Auch die dringend notwendigen übernationalen Zusammenfassungen, wie wir sie nach dem ersten Weltkrieg im Völkerbund und jetzt in den Vereinten Nationen erleben, können nur auf dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen aufgebaut werden.

Gerade weil wir Deutschland lieben und die Wiedervereinigung von West und Ost nicht als Zukunftsaufgabe, sondern als Gegenwartsaufgabe Nr. 1 erklären, verlangen wir die Selbstverwaltung und die eigene Kultur der deutschen Länder. Wir wollen auch keine Zusammenfassung zu nur den Bund monopolisierenden Machtgruppen, wie es dem württembergischen Ministerpräsidenten vorschwebt. Historisch gewachsene, volkstumsmäßig gesunde Einzelglieder verbürgen ein stetes Wachstum des Bundes!

Wir sind stolz, daß die deutschen Föderalisten den Tagungsort im Land Baden gewählt haben. Sie haben gut daran getan. Hier wird die große Durchbruchsschlacht des deutschen Föderalismus geschlagen und gewonnen! Mögen alle die Zeichen erkennen! Es gibt nur einen unteilbaren Föderalismus!

Den Föderalisten aber rufen wir zu: Seid mutig! Euer Programm ist gut! Bekennt Euch! Dem Mutigen gehört der Sieg!

Dem „Mannheimer Morgen" ins Stammbuch

So sieht der faire Kampf der Südweststaatler aus. — Was sagt Herr Kuhn dazu?

Unter dem Motto „Wir fahren mit der Schneckenpost" stellt Dr. Karl Ackermann, einer der von den Amerikanern eingesetzten Lizenzträger, in Nr. 191 des „Mannheimer Morgen" vom 18. 8. d. J. eine Betrachtung über die Frage des Südweststaates an, die hauptsächlich der Haltung der badischen Regierung in Freiburg gewidmet ist. Der Artikel ist nach Form und Inhalt so ziemlich das Schlimmste, was wir bisher zu Gesicht bekamen. Die Tatsachen werden geradezu auf den Kopf gestellt. Dabei wird versucht, die Haltung der Freiburger Regierung ins Lächerliche zu ziehen.

Wir wollen dem Artikel nicht zu viel Ehre antun. Diese wäre unverdient! Für Dr. Ackermann ist Herr Staatspräsident Dr. Wohleb u. a. „der kleine Löwe vom Breisgau" und „Leo der Erste von Großbaden". Nach Dr. Ackermann hat die Freiburger Regierung „ein störrisches Zeder und Mordio" erhoben und „eine höchst hanswursthafte Haupt- und Staatsaktion" aufgeführt. Man deutet an, daß eine endgültige „badische Separation" in Aussicht genommen sei.

Dr. Ackermann spricht von der „Hartgesottenheit des badischen Oberländers". Er redet u. a. auch noch von Meuterei und Rebellion. Mit seinem journalistischen Machwerk verfolgt Dr. Ackermann hauptsächlich den Zweck, einerseits das Vorgehen der badischen Regierung ins Lächerliche zu ziehen, andererseits aber versucht er die Bundesregierung gegen Baden möglichst scharf zu machen. Wenn man Dr. Ackermann hört, könnte man meinen, daß Wohleb bereits die Bundesrepublik aufs äußerste gefährdet hätte.

Man verlangt von der Südweststaatseite von uns Badenern immer wieder einen sachlichen und würdevollen Kampf. Wir selbst verlangen dasselbe. Und dann erleben wir einen derartigen Erguß, der jede Würde und Sachlichkeit vermissen läßt.

Wir Badener vertreten in diesem Kampf unser gutes Recht. Wir nehmen die Sache sehr ernst, bitter ernst. Wir kämpfen für die Freiheit des badischen Volkes, das nicht unter die Vormundschaft von Stuttgart will. Und wir Badener haben es nicht nötig, uns Belehrungen über ein demokratisches oder undemokratisches Verhalten erteilen zu lassen. Wir wissen schon längst, was wir unserem Volke schuldig sind, Herr Dr. Ackermann!

Wir erklären dazu aber in aller Offenheit: Mit Leuten, die dem Bonner Abstimmungsgesetz ohne Durchzählung der in Baden abgegebenen Stimmen zugestimmt haben, haben wir innerlich nichts zu tun. Wer so die Grundsätze des Rechts und der Freiheit verletzt, der ist nach unserem Gefühl kein wahrer und echter Demokrat. Der bildet sich höchstens ein, ein Demokrat zu sein. Solche Leute wollen mehr scheinen, als sie sind. In der wahrhaft demokratischen Schweiz wäre ein solches Abstimmungsgesetz absolut undenkbar.

Im übrigen wissen wir genau, wer die Lösung der Südweststaatfrage so lange verzögert hat. Wenn Sie es aber nicht wissen sollten, Herr Dr. Ackermann, dann erkundigen Sie sich bitte bei Ihrem Freund, Herrn Dr. Reinhold Maier in Stuttgart! Herr Ministerpräsident Dr. R. Maier kann bestimmt am allerbesten Auskunft erteilen. Und er vor allem ist auch mitverantwortlich für die heutige verworrene Lage. Wir Badener aber werden nach Ihrem so üblen Angriff gegen Staatspräsident Wohleb um so treuer zur Sache unserer badischen Heimat stehen! Wir sind überzeugt, daß unsere Freunde auch in Mannheim ihren Mann stellen werden.

Wäre der Südweststaat billiger?

„Es ist ebenso beliebt wie irreführend, den Südweststaat zu fordern wegen der dabei zu erzielenden Ersparnisse an Verwaltungskosten; denn eine solche Ersparnis kann, jedenfalls in einem irgendwie fühlbaren Ausmaß, aus diesem Anlaß nicht entstehen, einmal weil die Kosten der obersten Regierungsorgane, die hier allein in Betracht kommen, nicht so hoch sind, daß sie bei einem Etat von 1700 Millionen DM eine Rolle spielen, vor allem aber deshalb, weil durch die mit der Bildung des Südweststaates fest verbundene Einrichtung von 4 Regierungsbezirken jede mögliche Ersparnis mehr als ausgeglichen wird. Schon die Tatsache, daß diese 4 Regierungsbezirke mit weitgehenden Vollmachten für nötig gehalten werden, zeigt, daß es mit dem Zusammenschluß seine Haken haben muß."

So steht zu lesen im Oktoberheft 1949 in der „Württ. Gemeindezeitung", geschrieben von einer besonderen Seite! Die besondere Seite aber ist ein hoher Ministerialbeamter. Näheres ist zu erfahren im Finanzministerium in Stuttgart. Und dieser Mann weiß es, daß der „billigere Südweststaat" ein großer Schwindel ist. K.

An die Leser des „Badnerland"

In Oberbaden können Bestellungen für die Wochenzeitung „Badnerland" bei den örtlichen Kreisgruppen der Arbeitsgemeinschaft der Badener erfolgen. Kreisgruppen bestehen in allen größeren Städten Oberbadens. Falls die Anschriften der Kreisgruppen nicht bekannt sein sollten, nimmt für ganz Oberbaden die Landesgeschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Badener — Landesgruppe Oberbaden — in Freiburg i. Br., Vaubanstraße 16, Bestellungen entgegen.

Industrie und Südweststaat

Wie die Gelder für die Südweststaat-Propaganda beschafft werden

Aus Stuttgart wird eine Meldung verbreitet, wonach der Beirat des Landesverbandes der Württemberg-Badischen Industrie beschlossen habe, sich für den Südweststaat einzusetzen. Diese Meldung ist zweifellos auf die beiden Südweststaat-Propagandisten, den CDU-Abgeordneten Möhrlin, Stuttgart, und Richard Freudenberg aus Weinheim zurückzuführen. Diese veranlassen die Industrie in einem Rundschreiben mit mehr oder weniger Druck die Gelder zu spenden, die zum Abstimmungskampf benötigt werden. Ein Beispiel, wie es gemacht wird, geht aus dem folgenden Rundschreiben an alle Mitgliedsfirmen hervor:

„Der Beirat des Landesverbandes der Württemberg-Badischen Industrie hat in seiner Sitzung am 13. 7. 51 einstimmig beschlossen, sich für den Südweststaat einzusetzen und die Bildung des Südweststaates gegenüber den Mitgliedern des Landesverbandes und in der Öffentlichkeit zu unterstützen.

In der Beiratssitzung wurde beschlossen, einen Geldbetrag seitens der Industrie aufzubringen, welcher für die Bildung des Südweststaates verwandt werden soll. Über die Verwendung dieser Gelder soll ein Kuratorium aus Herren des Beirats unter Vorsitz von Herrn Möhrlin in möglichst enger Abstimmung mit Herrn Freudenberg entscheiden. Die notwendigen Beträge müssen möglichst bald zur Verfügung stehen.

Wir möchten Sie bitten, die Gelder für Ihre Firma auf das Konto des Landesverbandes der Württemberg-Badischen Industrie Nr. 54851 bei der Württembergischen Bank in Stuttgart N, Friedrichstr 22 (Postscheckkonto der Bank: Stuttgart Nr. 4) zu überweisen. Der Vorstand erwartet einen Beitrag von DM —.25 je Beschäftigten Ihrer Firma."

Jeder Kommentar zu diesem Rundschreiben ist wirklich überflüssig. Man muß nur fragen, wie lange sich die badischen Industriellen diese Machenschaften noch gefallen lassen und sich vor den politischen Karren der Südweststaatler spannen lassen. Diese politische Tätigkeit der Stuttgarter Industrie ist ebenso übel wie die Unterstützung, die der Bund der Steuerzahler von den Südweststaat-Propagandisten erhält unter der Bedingung, daß er in seinen Versammlungen für den Südweststaat eintritt.

An das Märchen der Einsparungen im Südweststaat glaubt wirklich niemand mehr, nachdem Ministerpräsident Maier großspurig eine Verwaltungsreform aus Ersparnisgründen im vergangenen Jahr angekündigt hat und bei der Haushaltsberatung als Erfolg dieser Einsparungen im „kleinen Südweststaat" 2505 neue Planstellen von der Stuttgarter Regierung dem Landtag zur Genehmigung vorgelegt wurden.

Wenn zwei dasselbe tun

Vor einigen Tagen berichtete der Süddeutsche Rundfunk in einer Sendung aus Stuttgart von der Ehrung eines verdienten württembergischen Komponisten. Sein Verdienst ist vor allem, einen Marsch komponiert zu haben. Und dieser Marsch trägt den Titel „Schwabenland, mein Heimatland". Als charakteristisch für diesen Marsch bezeichnete es der Rundfunksprecher, daß er bei allen offiziellen Gelegenheiten gespielt werde.

Aß diesem Bericht wird an und für sich niemand Anstoß nehmen. Warum soll man nicht auf seine Heimat einen Marsch komponieren und warum soll man diesen Marsch nicht in stolzer Freude bei allen passenden Gelegenheiten spielen? Das ist das gute Recht der Württemberger.

Aber warum regt man sich dann in Stuttgart immer so darüber auf, wenn die Badener ihr Badnerlied singen? Auch sie wollen nichts anderes, wenn sie singen „Drum grüß' ich dich, mein Badnerland" als die Württemberger, wenn sie dem Marsch „Schwabenland, mein Heimatland" zujubeln. Sie bekennen sich mit diesem Lied zu ihrer schönen badischen Heimat, die sie lieben und die ihnen täglich neue Lebenskraft gibt.

Auch heute sind die Badener, wenn sie den Kampf um die Erhaltung der Selbständigkeit ihres Landes führen, keine Quertreiber, die nur sich allein kennen. Sie lieben Deutschland und sie lieben ihre Heimat Baden. Sie wollen, wie es Staatspräsident Wohleb erst kürzlich auf dem Bühler Zwetschgenfest wieder zum Ausdruck brachte, auch mit den benachbarten Württembergern freundnachbarlich zusammenleben, „ohne allerdings dem allzustürmischen Werben zu entsprechen, um keinen Fehltritt zu tun".

Die Württemberger werfen den Badenern immer wieder vor, sie appellierten an das Gefühl, wenn sie die Bevölkerung aufriefen, weiterhin Badener zu bleiben. Wie aber steht es mit ihnen selbst, wenn sie den Marsch „Schwabenland, mein Heimatland" bei allen offiziellen Gelegenheiten spielen?

Sie sollen es tun. Aber sie sollen auch den Badenern nicht wehren, wenn sie weiterhin heimatfroh und begeistert ihr Lied singen: Drum grüß' ich dich, mein Badnerland!

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Verwirrte Geister

Wir müssen uns nun einmal mit der Frage des Südweststaates auseinandersetzen. Im verzweifelten Bemühen Ausschau nach irgend etwas zu halten, mit dem man sich auseinandersetzen könnte, das sich zu einer Diskussion eignen würde, kurz nach Konkretem und Substanziellem, das die Förderer des Südweststaates vorzuweisen hätten, müssen wir immer wieder resigniert feststellen, daß einfach nichts geboten wird, was uns als Badener veranlassen könnte, den Südweststaat auf dem einen oder anderen, wenn auch noch so nebensächlichen Teilgebiet, zu bejahen.

Man konnte hoffen, daß jetzt, wo die Dinge vor der Entscheidung sind, die Südweststaatseite mit genauen Plänen aufwarten wird, mit bindenden Erklärungen darüber, was wir auf allen Gebieten im Südweststaat zu erwarten haben. Wir wollen nicht die Katze im Sack kaufen, sondern erwarten zumindest zu erfahren, welche Rolle Baden im Südweststaat zu spielen hat, damit wir uns ein Bild darüber machen können, ob wir in Baden auf allen Gebieten vorteilhafter behandelt werden, als wenn wir unseren eigenen Staat hätten.

Das ist unser Anliegen und kein Mensch in der Welt wird uns übelnehmen, daß wir wissen **wollen, was man mit uns vor hat,** ehe wir bereit **sind,** unseren eigenen Hausstand aufzulösen und unser Vermögen in die begehrenden Hände der stärkeren Württemberger zu legen. Wie aber will man unsere Stimmen fangen? Eine Antwort gibt die Lektüre der **südweststaatamtlichen Presse,** die sich „Südwestdeutsche Presse" nennt und im Untertitel hochtrabend Württemberg-Badische Monatshefte. Als Symbol der Vereinigung von Württemberg und Baden trägt diese Zeitschrift im Kopf ein Südweststaatwappen aus dem badischen und württembergischen Wappen zusammengesetzt. Das Wappen wird rechts vom württembergischen Hirsch und links vom badischen Greifen mit den Vorderläufen gehalten, wobei der württembergische Hirsch zwei Drittel und der badische Greif ein Drittel des Wappens festhält. Der Heraldiker wußte, worauf es ankommt, und wir wissen wo wir dran sind.

Das Gefasel der Südweststaatler

Da wir nach dem bewährten Grundsatz handeln wollen, uns nicht an's Schmiedle, sondern an den Schmied zu halten, so wollen wir uns auch hier in erster Linie an diese amtliche Südweststaatzeitschrift halten, für deren Existenz die Südweststaatseite Unsummen aufwendet und in der alle jenen „großen Geister" schreiben, die den Südweststaatgedanken wachgerufen haben. Was steht da z. B. im Juliheft zu lesen? Irgendwelche konkrete Aussagen über das badische Wohlergehen im Südweststaat? keine Zeile, dafür aber wird in der halben Nummer von der „teuren badischen Heimat" gesprochen, die weiterleben werde im Südweststaat. Man schämt sich nicht, in Prosa und Versen zu versuchen, den Badenern die Tränen der Rührung über ihre „geliebte badische Heimat" in die Augen zu treiben, um dann zwischen den Zeilen und ganz am Schluß nach Mephisto-Art den eingelullten badischen Schäfchen händereibend zu sagen: „aber nur dann wird deine Heimat weiterleben, wenn du sie mir verkaufst, wenn du sie im Südweststaat aufgehen läßt".

Es gibt also auch nach der Überzeugung der Südweststaatler eine badische Heimat und ein badisches Land. Nach einer Logik, die nur einem verwirrten Geist oder einer abgefeimten Zweckpropaganda entspringen kann, wird dann gesagt, daß diese badische Heimat nur weiterleben könne im Südweststaat, also wenn sie sich Württemberg anschließe und damit sich selber aufgebe. Die Herren Südweststaatler sollten wenigstens den Mut zur Konsequenz und Ehrlichkeit aufbringen und die Worte „Heimatliebe" und „badisches Land" aus ihrem Munde lassen. Im gleichen Heft versucht nämlich der „wissenschaftliche Kronzeuge" des Südweststaates, Herr Friedrich Metz, seines Zeichens frisch entnazifizierter Geographieprofessor und neuernannter Widerstandskämpfer gegen das Dritte Reich, wissenschaftlich nachzuweisen, daß es ein badisches Land nicht gebe und daß dieser Begriff nur badisch bürokratischem Zweckdenken und badischem Partikularismus entsprungen sei. Warum aber appelliert man in der gleichen Nummer scheinheilig an die badische Heimatliebe, an das badische Land, das es zu erhalten gelte — im Südweststaat natürlich? Für diese Leute gibt es kein Baden und in der Konsequenz überhaupt keinen Staat, sondern nur Räume, in denen ein geschäftstüchtiger Geist operieren und Menschenmassen, mit denen operiert werden kann. Herr Metz läßt nur einen Staat gelten, es ist der Großstaat, der alles umfaßt, was sprachlich und volkstammäßig zusammengehören soll. Diese „Heim-ins-Reich-Wissenschaft" ist uns noch in bester Erinnerung, sie war der Ursprung unseres heutigen Unglücks, sie war der Ursprung, daß Millionen Deutscher und Millionen Angehöriger anderer Länder im Kriege ihr Leben lassen mußten, sie war der Ursprung dafür, daß unser Deutschland heute zerrissen und gerade jene Menschen, die man „heim ins Reich" holen wollte, als Vertriebene umherirren, soweit sie überhaupt noch am Leben sind. Herr Metz mit seiner Wissenschaft stand am Anfang dieses Unglücks, seine Großstaats-Idee aber kann er noch immer nicht aufgeben. Nachdem es im Großen nicht **gelungen ist, versucht er es im** Kleinen und will nun zunächst mal den Badenern wissen**schaftlich beweisen, daß sie keine Ba**dener sind, sondern bestenfalls Südweststaatler sein können. Später will er dann noch die Pfalz und das Saargebiet in diesen Staat eingliedern. **Eine badische Einrichtung hält** allerdings **auch Herr Metz** durchaus für gut und brauchbar: die badische Staatskasse nämlich, von der er sich monatlich seine Bezüge überweisen läßt.

In der gleichen Nummer des Südweststaatblättchens wird dann noch ein Brief abgedruckt, der besonders bezeichnend ist für den politischen Wirrwarr, der in den Köpfen der Südweststaatler herrscht. Ein Sachse (!), aus der Ostzone, schreibt hier über unsere Neugliederungsfrage und meint, sie würden sich gerne von Westdeutschland auffressen lassen, es sei daher unverständlich, warum sich Baden nicht von den Württembergern auffressen lassen wolle. Es sei doch für die Allgemeinheit besser, wenn ein tüchtiger Mensch (gemeint ist der Badener) als Zweiter oder Dritter an einer großen Sache mitwirke, als daß er innerhalb eines Zwerggebildes die Rolle eines Paschas spiele. Im übrigen sei auch der Südweststaat zu klein, man sollte in der Bundesrepublik überhaupt nur 4 bis 5 große Verwaltungsgebiete errichten. Daß der politische Verstand dieses Mannes in Sachsen durch die öde bolschewistische Gleichmacherei-Propaganda etwas verwirrt ist, ist verständlich, er muß aber schon gestatten, daß wir der Meinung sind, lieber als Erster im eigenen Land zu wirken, als als Zweiter oder Dritter in einer „großen Sache". Für unsere Südweststaatler ist dieser Kronzeuge aus der Ostzone, den sie auf der zweiten Seite ihres Blattes auf die Badener loslassen, typisch.

Unverschämtheiten gegen das badische Volk

Was die bezahlten Agenten der württembergischen Expansionspolitik von uns Badenern wirklich halten, geht aus einigen Zeilen hervor, die auch in der gleichen Nummer des zitierten Blattes stehen, es heißt da wörtlich: „Wer ist gegen den Südweststaat? Alle, die gegen die Festigung der Bundesrepublik sind und die es nicht gerne sehen, daß unsere wiedergewonnene politische Ordnung Fortschritte macht. Wer ist das? Das sind die Kommunisten, die Rechtsradikalen und partikularistischen Kräfte von innen und außen. Wer will mit diesen zersetzenden Kräften gemeinsame Sache machen?" Man zeiht uns alle also ganz nüchtern des Verrats an der Bundesrepublik bzw. an Deutschland. Jeder Badener, gleich welcher Partei, möge sich diese Frechheit merken und mit seinem Votum für die Wiederherstellung und Fortbestand Badens die Möglichkeit schaffen helfen, daß solchen Unverschämtheiten in Baden für alle Zukunft ein Ende bereitet werden kann.

Jung-Wähler und -Wählerinnen, hört bitte!

Unten bei St. Goar am Rhein, im großen internationalen Jugendlager war es, da erklärte eine junge Engländerin, sie sei **keine Freundin der Parteipolitik: „Was können wir jungen Menschen tun, um die oft verderblichen Einflüsse der politischen Parteien auszuschalten?" Darauf versuchte ein Italiener damit eine Antwort zu geben (vgl. „Neue Zeitung" vom 7. 8. 51 Nr. 183 S. 6):** Parteipolitik sei **nicht grundsätzlich schädlich,** denn sie spiegele die Mannigfaltigkeit der vielen **politischen Meinungen wider,** die einseitige Fehlentscheidungen verhindere. Nur Parteipolitik, die intolerant sei und die Unterdrückung anderer Meinungen bezwecke, „solle gerade von der Jugend auf das entschiedenste abgelehnt werden.

Die Jugend hat damit unbedingt recht. Die Arbeitsgemeinschaft der Badener ist politisch nirgends gebunden, sie ist neutral. Die Südweststaatler aber sind im höchsten Grade intolerant. Zwei Parteien haben sich für den Südweststaat und damit gegen das Land Baden ausgesprochen.

Mindestens eine davon hat laut Erklärung des Abg. Alex Möller den Parteizwang proklamiert. **Sie will damit andere Meinungen in den eigenen Reihen unterdrücken. Dies wird ihr allerdings nicht gelingen. Aber der Versuch genügt, er allein schon ist von Übel. Die Jugend lehnt dieses undemokratische, freiheitsfeindliche und ungerechte Vorgehen schärfstens ab.**

So etwas geht der Jugend gegen den Strich! Die Jugend bedauert besonders, daß die badischen Stimmen nicht durchgezählt werden sollen. Und deshalb wird die badische Jugend sich für Baden entscheiden, wo der Sinn für Recht und Freiheit immer mehr zu Hause war wie in Württemberg!

K.

Badener, merkt Euch das!

Ihr Schwaben könnt uns viel erzählen:
Wir werden Baden wählen!

Herr Heimerich kann es nicht lassen

Mannheims Oberbürgermeister ignoriert den eindeutigen Willen eines großen Bevölkerungsteils

Herr Heimerich kann es nicht lassen. Obwohl ihn der Ausgang der Volksbefragung **vom 24. September 1950 darüber belehrt haben sollte, daß er sich bei seiner Stellungnahme in der Frage der Länderneuordnung im südwestdeutschen Raum keinesfalls auf eine überzeugende Mehrheit innerhalb der Mannheimer** Bevölkerung stützen kann, kämpft er wie weiland Don Quichotte gegen Windmühlen, indem er den eindeutigen Willen eines großen Bevölkerungsteils einfach ignoriert.

Die Mannheimer haben es nicht vergessen, daß es der Parteifreund ihres Oberbürgermeisters, der Vizepräsident des Bundestags Prof. Carlo Schmid, war, der zwei Tage vor der Probeabstimmung des vergangenen Jahres im Musensaal des Rosengartens erklärte, er geniere sich eigentlich, in Mannheim für den Südweststaat zu plädieren, weil hier doch jeder für den Zusammenschluß stimme, der nicht im Biedermeier lebe. Der gewichtige Schwabe ist durch das Ergebnis der Volksbefragung widerlegt worden, was hinwiederum Herrn Heimerich nicht davon abgehalten hat, in einer zwei Tage nach der Abstimmung abgegebenen Erklärung vor dem Stadtrat die Willensbekundung von 38 000 Mannheimern zu desavouieren.

In der Zwischenzeit war Herr Heimerich jedoch wesentlich kleinlauter geworden. Leichtgläubige Optimisten glaubten daraus schließen zu dürfen, der Mannheimer Oberbürgermeister habe sich zu der für ihn immerhin recht peinlichen Erkenntnis durchgerungen, daß seine eigene Partei den ohnehin sehr einseitigen Wunsch auf Anschluß der Pfalz an den mit ebensoviel Stimmaufwand wie verdächtiger Eile geforderten Südweststaat gegen die viel reelere Unterstützung des schwäbischen Machtstrebens durch die bayerischen Stimmen im Bundesrat eingetauscht hatte. Die Enttäuschung darüber sprach unverkennbar aus den Begrüßungsworten, **die der Mannheimer Oberbürgermeister** anläßlich des Besuchs der württembergisch-badischen Landesregierung im Juni an Ministerpräsident Dr. Maier und seine Kabinettsmitglieder richtete. Damals klagte nämlich Herr Heimerich mit bewegten Worten über das mangelnde Verständnis der Stuttgarter Zentrale für die Sorgen und Nöte **Mannheims und fügte mit dem deutlichen Unterton der Verstimmung hinzu, er sei zu stolz, um wieder auf „Bettelt**our" zu gehen.

Nur Harmlose konnten daraus die leichtfertige Folgerung ziehen, aus dem südweststaatlichen Saulus sei ein badischer Paulus geworden. Herr Heimerich, der seine kurpfälzischen Felle davonschwimmen sieht, denkt nicht im entferntesten daran, die unbedingt notwendigen Konsequenzen aus dem Scheitern seiner Politik zu ziehen. Er ist vielmehr gewillt, seine schon seit langem im Schwinden begriffene Anhängerschaft zum zweiten Mal vor den Südweststaatkarren zu spannen.

So konnte es uns nicht überraschen, daß ein Rundschreiben, das die Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg dieser Tage versandte, an erster Stelle die Unterschrift des Mannheimer Oberbürgermeisters trägt. Der Brief wendet sich an „Persönlichkeiten aus allen Kreisen der Bevölkerung", die „von der wirtschaftlichen und kulturellen Notwendigkeit der Neugliederung der Länder" überzeugt sind und verfolgt den Zweck, „möglichst viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens anzusprechen und zur Mitarbeit einzuladen". Der Brief ist im übrigen ein ungewolltes Eingeständnis der inneren Schwäche der Südweststaatagitatoren. Während man von einer „wirklichen Willenskundgebung für die Vereinigung Badens und Württembergs im Südweststaat" spricht, bettelt man um Unterschriften für einen Aufruf an die Mannheimer Bevölkerung.

Nur nebenbei sei bemerkt, daß Herr Heimerich nicht der einzige Unterzeichner des Bettelbriefes ist, dessen Wiege nicht im badischen Land gestanden hat. Aber dafür kann Herr Heimerich ja schließlich nichts. Lange genug ist er schon Oberbürgermeister der größten badischen Stadt, um beurteilen zu können, daß man das, was in eineinhalb Jahrhunderten gewachsen ist und sich bewährt hat, nicht mit einem Federstrich aus der Welt schaffen kann. Wenn Herr Heimerich im Mannheimer Rathaus das nicht wissen sollte, dann wäre ihm allerdings nicht mehr zu helfen.

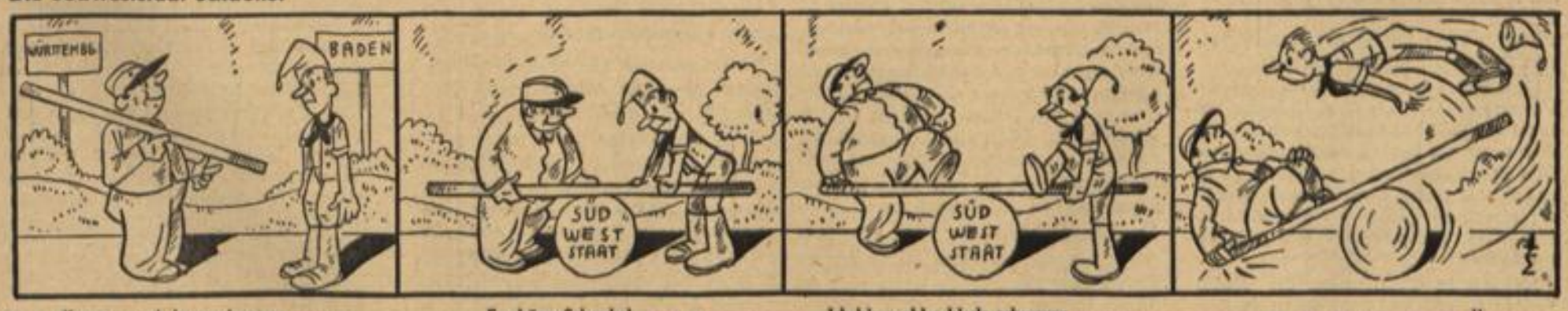
—e.

Südweststaat oder Schwaben?

Bisher haben die Maßgebenden in Stuttgart uns schamvoll verschwiegen, welchen Namen der Südweststaat, wenn er je Wirklichkeit werden sollte, erhalten wird. Vielleicht sind sie sich selbst noch nicht einig. Wir Badener brauchen uns darüber ja nicht den Kopf zu zerbrechen. Denn wir sind ja Gegner eines derartigen Staatsgebildes, das in Wahrheit nichts anderes wäre wie ein vergrößertes und vergröbertes Württemberg, also Groß-Württemberg. Wir wollen aber doch festhalten, daß die Bezeichnung „Schwaben" zur **Zeit die meiste Aus**sicht haben soll. Die P.d.S.-Partei der Schwaben hat diesen Namen neuerdings in Vorschlag gebracht. Was aber sagt Herr OB. Dr. Heimerich dazu? Wie steht es dann mit der Kurpfalz, die nach seiner Meinung ebenfalls nach Stuttgart eingemeindet werden soll.

Im übrigen: Wir Badener sind keine Schwaben und wollen nie solche werden.

Die Südweststaat-Schaukel



Komm – mir baue z'amme . . . E schöne Schaukel . . . Ich bin wohl e bissle schwerer . . . – – – – – – – !!

Stuttgart will Badens Eisenbahnnetz verwalten

Warum erhält Eisenbahndirektion Karlsruhe immer noch nicht den alten Zuständigkeitsbereich?

Von Adolf Kühn, M.d.L.

Am 10. Januar 1951, also unmittelbar nach Bildung der neuen Landesregierung für Württemberg-Baden, habe ich mit Unterstützung der Abg. Heurich, Dr. Werber, Dr. Gaa, Bläsi, Dörr, Berberich, Ruppert und Dr. Neinhaus im Württ.-Bad. Landtag folgenden Antrag eingebracht:

„Der Landtag wollen beschließen:

Die Staatsregierung zu ersuchen, bei allen maßgebenden Stellen mit Nachdruck dafür einzutreten, daß die Eisenbahndirektion Karlsruhe und Stuttgart möglichst bald wieder ihren früheren Zuständigkeitsbereich, also das Gebiet der alten Länder Württemberg und Baden, erhalten."

Dieser Antrag wurde in der Landtagssitzung vom 15. Februar ds. Js. besprochen und ohne Ausschußberatung verabschiedet. Nach meiner eingehenden Begründung erhielt ich in meinem Begehren von verschiedenen Seiten Unterstützung, insbesondere von meinem Kollegen Dr. Werber. Allerdings war die Antwort der Regierung durchaus ausweichend. Sie stimmte im Prinzip dem Antrag wohl zu, meinte aber, daß im Augenblick ein Vorstoß keinerlei Aussicht auf Erfolg hätte. Ich widersetzte mich sofort, und meines Erachtens mit guten Gründen der Stellungnahme der Regierung. Dann aber wurde mein Antrag ohne Abänderung mit 73 Stimmen gegen eine Neinstimme und 3 Enthaltungen angenommen.

Wie die Stuttgarter Regierung Landtagsentschließungen vollzieht

Nachdem ich längere Zeit von der Sache nichts mehr gehört hatte, reichte ich am 27. Juni ds. Js. gemeinsam mit Dr. Werber unter Bezugnahme auf den vorerwähnten Landtagsbeschluß eine „Kleine Anfrage" ein; sie lautete:

„Wir fragen an,

a) welche Schritte die Regierung daraufhin unternommen hat, und
b) welche Ergebnisse ihre Bemühungen bis jetzt gehabt haben."

Derartige Anfragen sollen von der Regierung möglichst rasch und ohne Verzögerung beantwortet werden. Diesesmal währte es ziemlich lange, bis die Regierungsstellen geruhten, sich zu regen. Nachdem ich wiederholt gemahnt hatte, erhielt ich endlich am 1. August ds. Js. die folgende

Antwort:

„Der Beschluß des Landtages vom 15. Februar 1951 kann erst dann mit Aussicht auf Erfolg durchgeführt werden, wenn die Neuordnung der Verwaltungsbezirke der Deutschen Bundesbahn überhaupt zur Diskussion steht. Dieser Zeitpunkt wird erst dann kommen, wenn sich übersehen läßt, wann und in welcher Fassung das Bundesbahngesetz in Kraft tritt. Bis dahin untersteht der Bezirk der Eisenbahndirektion Karlsruhe noch der Betriebsvereinigung der Südwestdeutschen Eisenbahnen, die auf einem Staatsvertrag zwischen den Ländern Baden, Württemberg-Hohenzollern und Rheinland-Pfalz beruht und in die sich eine Einmischung des Landes Württemberg-Baden zur Zeit nicht empfiehlt, jedenfalls nicht vor dem Ausgang der Abstimmung über den Südweststaat. Außerdem besteht vor Erlaß des Bundesbahngesetzes noch keine Stelle, die für die Bezirkseinteilung der künftigen Deutschen Bundesbahn zuständig wäre. Diese Einteilung wird in der Verwaltungsordnung der Deutschen Bundesbahn oder einer Ausführungsbestimmung dazu durchzuführen sein; augenblicklich steht aber noch nicht einmal fest, von welchen Organen der künftigen Deutschen Bundesbahn diese Bestimmungen zu erlassen sind. Die Befassung des Bundesministers für Verkehr mit der Frage der Abgrenzung der Direktionsbezirke könnte nach dem augenblicklichen Stand der Verhandlungen über das Bundesbahngesetz als Vorgriff auf die sehr heikle Frage des Verhältnisses des Bundesministeriums für Verkehr zur Deutschen Bundesbahn gewertet werden. Entsprechendes gilt für die Befassung der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn in Offenbach.

Es muß deshalb dem Staatsministerium überlassen bleiben, den richtigen Zeitpunkt und die geeigneten Schritte zu bestimmen, um dem Beschluß des Landtages vom 15. Febr. 1951 Geltung zu verschaffen."

Keine Rücksichten auf badische Belange

Dazu muß ich einige notwendige Bemerkungen machen:

Diese Antwort der Stuttgarter Regierung ist absolut unbefriedigend. Nach dem Landtagsbeschluß v. 15. Februar ds. Js. wäre es meines Erachtens unbedingt Pflicht der Regierung gewesen, sofort angemessene Schritte zu unternehmen. Dies hat man aber nicht getan. Man hat den Beschluß der Volksvertretung offensichtlich außer acht gelassen. Warum wohl!? Nach meinem Gefühl enthält die Regierungsantwort nichts wie Ausreden. Ich bin der Meinung, daß die Regierung sofort in geeigneter Weise an die Bundesregierung und an die Verwaltung der Deutschen Bundesbahn hätte herantreten müssen. Und ich muß noch einmal eine Frage stellen: Hat die Landesregierung in dieser Sache seit dem 15. Februar überhaupt auch nur das Geringste unternommen? Es sieht nicht so aus! Wenn sie nichts getan hat, dann hat sie sich meines Erachtens aber der Unterlassung einer Pflicht schuldig gemacht! Das muß ich um der Sache willen offen aussprechen.

Und offen heraus gesagt, sieht es so aus, als ob man von vornherein überhaupt gar nichts tun wollte, bis, ja bis man im Südweststaat das tun kann, was man will, ohne auf die Badener noch irgend eine Rücksicht nehmen zu müssen.

Das Spiel ist durchschaut! In Wirklichkeit wollen die maßgebenden Stellen in Stuttgart höchstwahrscheinlich zum mindesten den heutigen Zustand beibehalten. Wahrscheinlich aber wollen sie noch viel mehr, d. h. die völlige Aufhebung der Bundesbahndirektion für das gesamte Gebiet von Baden und die Zusammenfassung der beiden Länder unter einer einzigen Eisenbahndirektion in Schwabens Hauptstadt Stuttgart! Damit hätten sie die badischen Eisenbahnen völlig unter der schwäbischen Fuchtel und könnten völlig schalten und walten nach eigenem Gutdünken. Der gesamte Verkehr hätte dann in erster und letzter Linie immer nur den Interessen der württembergischen Wirtschaft zu dienen, ohne jede Rücksicht auf die Wünsche der badischen Bevölkerung und der badischen Eisenbahner. Aber jeder kann sich vorstellen, welcher Schaden damit in Baden angerichtet würde.

Ich habe zu dieser Regierung noch nie Vertrauen gehabt. Das sage ich in aller Offenheit. Nachdem ich diese Regierungsantwort nun kenne, ist mein Mißtrauen aufs höchste gestiegen. Man will also das Ergebnis der Volksabstimmung abwarten. Nun denn, gut so! Deren Ergebnis aber hat die Bevölkerung in Baden noch in der Hand! Da ist es also noch keineswegs zu spät. Hier können wir noch das Erforderliche in die Wege leiten.

Sorgen wir am 16. September für eine richtige Weichenstellung! Trachten wir mit aller Macht darnach, daß die Herren in Stuttgart nach dem Abstimmungstag in badische Eisenbahnangelegenheiten nichts mehr hineinzureden haben. Das ist die allerbeste Antwort, die wir den Vollblutschwaben in Stuttgart erteilen können.

„Landrat Schwan stellt richtig"

Es ist eine merkwürdige Richtigstellung, die Landrat Schwan vor dem Kreisrat in Tauberbischofsheim gegen den in Nr. 2 des „Badnerland" veröffentlichten Artikel „So sieht Südweststaats Sparsamkeit aus" abgab. Bei der Zusammenrechnung der Ausgaben kommt Landrat Schwan zu einer Summe von 20 248.49 DM (statt der von uns genannten 30 000 DM). Deutschland ist ein armes Land, und ganz besonders arm, das müßte Landrat Schwan besonders wissen, ist das Frankenland.

Wir sind entgegen der Ansicht von Landrat Schwan der Meinung, daß der Staat sparen muß und deshalb sind wir auch heute noch, wie wohl auch die überwiegende Mehrheit der Steuerzahler, der Meinung, daß bei der ungeheueren Not des Frankenlandes die Ausstattung der Amtsräume des Landratsamtes in dieser Form nicht nötig war.

Der Landrat von Tauberbischofsheim darf nicht vergessen, daß öffentliche Gelder sauer aufgebracht und deswegen mit äußerster Sparsamkeit ausgegeben werden müssen. Der Staat, in dem wir leben, wird später nicht danach beurteilt werden, ob es gelang, das eine oder andere Kunstwerk zu schaffen, sondern einzig und allein danach, ob er die brennenden sozialen Probleme meistert.

„Der Gewerkschaftliche Südweststaat"

Von Gustav Maurer, Freiburg, ehemaliges Vorstandsmitglied des Badischen Gewerkschaftsbundes

Einige Wochen vor der ersten Volksbefragung über die gebietliche Neuordnung des südwestdeutschen Raumes vom September vergangenen Jahres sind einige badische Gewerkschaftsfunktionäre auf Einladung mit einigen württembergischen Kollegen in Stuttgart, der Südweststaatmetropole, zusammengekommen. Sie haben dort als „Höhepunkt" ihrer Tagung den „Gewerkschaftlichen Südweststaat" proklamiert, ohne sich Gedanken darüber zu machen, daß sie mit dieser Proklamation die politische Neutralität der Einheitsgewerkschaften aufs schwerste verletzt haben. Sie haben gleichzeitig mit dieser Proklamation ihren Kollegen in Baden, die sich in überwiegender Mehrheit zum altbadischen Staatsgedanken bekennen und die Wiederherstellung des alten selbständigen Landes Baden fordern, in unerhörter Weise brüskiert.

Die Proklamateure des „Gewerkschaftlichen Südweststaates" hatten weder das Recht noch den Auftrag, die von ihnen vertretenen gewerkschaftlichen Berufsverbände auf den Südweststaat festzulegen. Zu einer solch weittragenden staatspolitischen Entscheidung bedarf es einer vorherigen Abstimmung, ähnlich, wie dies vor der Durchführung eines Streikes erforderlich ist. Offenbar waren sich diese paar badischen Gewerkschaftsfunktionäre der Tragweite ihres Handelns und des ungewerkschaftlichen Charakters desselben gar nicht bewußt. Denn, in dem Augenblick, in dem sich badische Gewerkschaftsfunktionäre für die Bildung eines Südweststaates einsetzen, besorgen sie die Geschäfte ihrer schärfsten Sozialgegner, nämlich der württembergischen Hochfinanz, der schwäbischen Schlotbarone und der württembergischen Wirtschaft und Industrie, die alle von der Bildung des Südweststaates ein großes finanz-, volks- und wirtschaftspolitisches Geschäft auf Kosten des badischen Volkes erwarten. Der große Wasser-, Wald- und Erzreichtum und die in diesen reichen Naturschätzen verborgen liegenden industriellen und volkswirtschaftlichen Möglichkeiten bilden für diese Herren den alleinigen Anziehungspunkt, weshalb sie die früheren Länder Baden und Württemberg zu einem sogenannten Südweststaat vereinigt sehen wollen. Die Triebfeder ihrer Forderung nach einem Südweststaat ist also ein rein finanzielles Geschäft, dessen Rechnung allein das badische Volk zu zahlen hätte. Es ist kaum anzunehmen, daß die badischen Gewerkschaftsfunktionäre, die in Stuttgart den „Gewerkschaftlichen Südweststaat" verkündeten, von ihren Mitgliedern beauftragt waren, die Interessen der württembergischen Wirtschaft und Industrie zu vertreten.

Was dem badischen Volk in einem Südweststaat blühen würde, das mußten die Gewerkschaften in Baden bereits am eigenen Leibe erfahren, seitdem sie mit den württembergischen Gewerkschaften zusammen den sogenannten „Gewerkschaftlichen Südweststaat" bildeten, denn sie erhalten die Befehle bereits aus der Stuttgarter Südweststaatmetropole und haben sie lediglich nur noch auszuführen. Sie sind durch den Zusammenschluß mit den württembergischen Gewerkschaften zu „Befehlsempfängern" herabdegradiert worden. Dasselbe Schicksal würde dem badischen Volke blühen, wenn es den größten Fehler seiner ruhmreichen Geschichte machen und sich für den Südweststaat entscheiden würde, denn in einem Südweststaat-Landtag würde das badische Volk von 100 Abgeordneten etwa 40 und das württembergische Volk auf Grund seiner Bevölkerungsstärke etwa 60 Abgeordnete stellen. Diese wären jederzeit in der Lage, die 40 badischen Abgeordneten zu überstimmen. Mit anderen Worten gesagt: In einem Südweststaat würde von Stuttgart aus diktiert werden.

Es ist nur gut, daß die übergroße Mehrheit der badischen Arbeiter, Angestellten und Beamten in und außerhalb der badischen Gewerkschaften über den „Gewerkschaftlichen Südweststaat" zur Tagesordnung übergehen, dieser arbeitgeberhörigen südweststaatlichen Gewerkschaftsparole keine Folge leisten und ihrer badischen Heimat in ihrem gegenwärtigen Schicksalskampf die Treue halten. Sie haben wahrlich keinen Grund, die Idee eines Südweststaates zu unterstützen.

Herausgeber: Landesverband der Arbeitsgemeinschaft der Badener e. V. Karlsruhe, Kaiserstr. 54, Telefon 8446.
Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Friedrich Werber, Karlsruhe.
Druck: G. Braun G. m. b. H., Karlsruhe.

Der Hans-Thoma-Tag in Bernau 1951

Die Verleihung des Hans-Thoma-Preises

Höhenfeuer, Böllerschießen und feierliches Bergblasen leiteten am Vorabend den 3. Hans-Thoma-Tag ein, der am 15. August, einem strahlenden Sommertag, festlich in Bernau, dem Geburtsort des großen Meisters begangen wurde. Unter den Festteilnehmern, die aus nah und fern herbeigeströmt waren, befanden sich Mitglieder der badischen Regierung, voran Staatspräsident Leo Wohleb, Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben, aus Kunst, Wissenschaft und Politik und eine aus 20 Mitgliedern bestehende Delegation des bayerischen Kulturbundes unter Leitung des Kulturhistorikers Dr. Edgar Schindler, Hof/Saale.

Nach dem Festgottesdienst, in dem die Marienmesse in F für Chor, Orchester und Orgel von Gottfried Rüdinger, vom Kirchenchor unter der Leitung des Chordirigenten Otto Berner feinstimmig aufgeführt wurde und der Festpredigt Pfarrer Bendels, begann der eigentliche Festakt vor dem schön geschmückten, neurenovierten und erweiterten Rathaus.

Musikalische Darbietungen der Musikvereine Außertal und Bernau (Leitung Josef Kaiser und Ernst Bauer) und des Kirchenchors und Gesangvereins „Liederkranz" mit Liedern von Franz Philipp, unter der Leitung von Otto Berner umrahmten mit ihren hervorragenden Leistungen die Feier.

Bürgermeister Dr. Baur, der Begründer der Hans-Thoma-Tage, begrüßte die Teilnehmer aufs herzlichste und dankte allen, die zum Gelingen des Festes beigetragen haben. Er sprach über Ziel und Zweck dieser Tage, die durch ihre Verbindung von künstlerischen Darbietungen auf dem Gebiete der Malerei mit volksverbundenen Festspielen schon zur Tradition geworden sind. Besonderer Dank galt der Ehrenbürgerin Frau Bergmann-Küchler, die sich restlos den Bestrebungen zur Verfügung gestellt hat. Er schloß mit der Mahnung und Verpflichtung, das Werk des Meisters zu ehren und damit alle jene Künstler, die dem Volke in seinen Nöten etwas zu geben vermögen.

Wirtschaftsminister Dr. Lais erklärte in seiner Festrede, daß eine Begegnung mit Hans Thoma sich nicht im lauten Lärm der Städte, sondern nur in der Stille vollziehen könne, daß wir uns auf die Kräfte besinnen müßten, aus denen Hans Thoma sein Werk schuf und sein Leben gestaltete. Kultur entstehe nicht ohne sittliche Anstrengung. Nur so sei ein Wiederaufbau des Volkes und seiner Kultur möglich. Jeder Künstler müsse sich dieser Aufgabe unterziehen: sich mit sich selbst, der Umwelt und Gott auseinanderzusetzen.

Darauf erfolgte durch Dr. Lais die Verleihung des Hans-Thoma-Preises 1951, der zwei Künstlern zufiel, dem 43 Jahre alten, in Wyhlen/Hochrhein, geborenen Maler und Graphiker Josef Hauser, Basel und dem 23 Jahre alten in Konstanz geborenen Schüler der staatlichen Kunstakademie Freiburg, Kurt Bildstein, Ettenheim bei Lahr.

Staatspräsident Leo Wohleb betonte in seiner Ansprache, daß die Landesregierung bemüht sei, alle künstlerischen jungen Kräfte zu fördern, ebenso aber auch den schwer ringenden, bodenverwurzelten Handwerkern zu helfen. Er schloß mit dem Wunsche, daß das Bernauer Heimatfest ein Fest des ganzen badischen Volkes werden müsse.

Nach den mit großem Beifall aufgenommenen Worten lud Bürgermeister Dr. Baur alle Anwesenden zur Besichtigung der Ausstellungen in den neuen Räumen des Rathauses und im Schulhaus ein, die das Hans-Thoma-Museum mit wertvollen Dauerleihgaben der Städelschen Galerie in Frankfurt a. M., sowie Werke von Meisterschülern Hans Thomas und anderer badischer Maler beherbergen. U. a. sind von Thomaoriginalen zu sehen: „Apothekerschild", „Hühnerfütterndes Mädchen", „Waldwiese", „Rhein bei Säckingen", „Parzival", „Happacher Mühle", das Porträt der Frau „Elise Küchler" und „Mondlandschaft". Von Thomaschülern sind Hans Adolf Bühler, Haueisen und Adolf Hildenbrand vertreten. Weiter ragen hervor: Amtsbühler, Bizer, Dauer, Dieter, Faller, Fohr, Glattacker, Hempfing, Hofer, Kammerer, Lamprecht, Leiber, Lugo, Mackloth, Schoepflin, Traub Vier, E. Weiß, Winkler, Wilkendorf, die Bernauer Berndt, Spiegelhalter und Stadelmann.

Am Nachmittag fand auf dem neuen Festplatz im Oberlehen das von Otto Berner gestaltete Heimatspiel „Hochschwarzwälder Bauernbrauchtum im Jahreslauf" statt, das von über 300 Bernauern in alter, malerischer Tracht aufgeführt wurde. Mit frohem Spiel und Tanz endete der Jubeltag und ein Vortrag über das Thema „Hans Thoma im Rahmen seiner Zeit gesehen" von Dr. Edgar Schindler beendete das Hans-Thoma-Fest.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg